

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 7.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 18. Februar 1911.

Redakteur: H. Heitmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband, Düsseldorf.

13. Jahrg.

Ueberzeugung.

Bist du ein Mann, so sei auch Mann,
in Glauben und Gesinnung wahr!
Und dein Bekenntnis, sprich es aus,
nicht scheuend drohende Gefahr!
Mag in die Brüche geh'n das Leben,
was gilt's, bleibt nur die Ehre heil —
Es sei weit eher dir das Leben,
als deine Ueberzeugung feil!

Krisis in der Sozialdemokratie.*)

Ueber eine „Krisis in der christlichen Arbeiterbewegung“ schwätzte unlängst O. H. Otto (Sue) in einigen sozialdemokratischen Parteiblättern, indes dieselbe christliche Arbeiterbewegung frisch und fröhlich weitermarschiert. Es hätte dem Genossen Sue, dem unglücklichen Propheten über den Untergang der christlichen Gewerkschaften, viel näher gelegen, uns etwas über die Krisis in der Sozialdemokratie zu erzählen. Er könnte es auch, denn er weiß, wie es steht. Alle die Genossen wissen es, gerade sie am besten, die heute so viel über Uneinigheiten in der christlichen Arbeiterbewegung orakeln — eben darum, um die Öffentlichkeit von sich abzulenken. Der neueste Streit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen die Parteitheoretiker, ein ihnen aufgezwungener Streit, den sie führen müssen um die Erhaltung ihrer Autorität über die Verbandsmitglieder und um die Freiheit der gewerkschaftlichen Aktion (vergl. „Masse und Führer“ in der vorigen Nummer), ist ein Symptom der schweren Krankheit, die seit Jahren in sozialdemokratischen Parteikörper wühlt. Zwar sind die Parteigenossen nach außen hin einig, Radikale und Gemäßigte, Parteitheoretiker und Gewerkschaftssozialisten, aber im Innern um so weniger. Welcher Art diese Gegensätze in der Sozialdemokratie sind, wie weit und wie tief sie gehen, das will uns eine neue Broschüre vor Augen führen, die dieser Tage erschienen ist und Kollegen Joos von der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zum Verfasser hat.

Die Broschüre räumt mit der Phrase sozialdemokratischer Durchschnittsagitatoren auf, als handle es sich bei den Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie um bloße Meinungsverschiedenheiten in tatsächlichen Fragen. Nein, das Uebel sitzt tiefer. Das ganze marxistisch-sozialistische Gedankensystem, zu dem sich die deutsche Sozialdemokratie bekennt, befindet sich seit Jahren in einem Zerlegungsprozess. Die nimmer endenden Streitigkeiten, wie sie in der sozialdemokratischen Tagespresse, in den Zeitschriften, in den Parteiverfassungen und auf den Parteitagen zutage treten, sind der äußere Ausdruck dafür. Klar werden wir uns über die Probleme und Schwierigkeiten, in denen die Sozialdemokratie steckt, erst vollkommen, wenn wir uns das vor Augen führen, was reine marxistisch-sozialdemokratische Anschauung gewesen ist und ehedem in der Partei als richtig anerkannt worden war. Darum macht uns der Verfasser nach einer kurzen Einleitung über das „Werden und Wachsen der Sozialdemokratie“ und über die Begriffe „Sozialismus und Sozialdemokratie“ im einzelnen mit den marxistischen Lehren bekannt. (Historischer Materialismus, Wertlehre, Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, Endziel.) Aber diese marxistischen Lehren haben dem Geist der Zeit ihren Tribut zahlen müssen. Die Marxisten haben sie im

Laufe der Zeit verwässern, umdeuten müssen in einer ganzen Reihe von Punkten. Die große Masse der Parteigänger hat nichts davon gemerkt. Für sie war der Sozialismus ein Glaube. Sie glaubten, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung mit Naturnotwendigkeit kommen müsse. Aber auch dieser Glaube hat starke Erschütterungen in neueren Jahren erlebt. Der Revisionismus ist daran, auch ihn von Grund aus zu zerstören.

Was wir eigentlich unter dem Revisionismus in der Sozialdemokratie zu verstehen haben, darüber ist noch blutwenig Grundtägliches und Zusammenhängendes geschrieben worden. Die Broschüre füllt diese Lücke aus. Gleich wie wir die Vertreter des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie kennen gelernt, so auch macht sie uns in dem Kapitel über den Revisionismus bekannt mit den Vertretern der revisionistischen Richtung, ihrer persönlichen und literarischen Eigenart; wir hören etwas über die Entstehung und die Geschichte des Revisionismus und folgen dem Verfasser dann in das weite Gebiet der revisionistischen Kritik und ihrer Forderungen. Wir sehen, wie die Revisionisten die Kernpunkte, das Fundament der marxistischen Lehre anbohren, wie sie Satz um Satz des Erfurter Programms in Stücke reißen und all das, was ehedem in der Sozialdemokratie für wahr gegolten, mit einem Fragezeichen versehen. Der größte Teil dessen, was heute noch von den Agitatoren in Lande draußen der Masse vorgerebet wird, ist ja längst von der revisionistischen Kritik als unwahr oder nur teilweise wahr erwiesen worden. Ganz abgesehen von den abgelegten Theorien des Erfurter Programms, deren wichtigste in einem neuen Programmentwurf Bernsteins absolut fehlen, ist die Stellungnahme der Revisionisten in vielen Einzelfragen eine grundsätzlich andere geworden, wie die heute noch von der Gesamtpartei eingenommene. Der Gedanke der Verstaatlichung aller Produktionsmittel in Industrie und erst recht in der Landwirtschaft wird von den Revisionisten aufgegeben; sie leugnen die Behauptung von der fortschreitenden Klassenscheidung in Kapitalbesitzende und Besitzlose; die Ausdrücke „Klassenstaat“ und „Klassenregierung“ sind für sie sinnlos geworden; in nationalen Fragen: Landesverteidigung, Flotte, Kolonien, wie in Sachen der Zoll- und Handelspolitik, der Steuerpolitik, bahnen sich interessante Entwicklungen an, mit denen uns der Verfasser bekannt macht. Dem Zickzackkurs in Fragen der sozialen Gesetzgebung ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Die gesamte Taktik der Sozialdemokratie ist auf das augenblickliche agitatorische Parteiinteresse zugeschnitten. Daher die Erscheinung, daß der revisionistische Wissenschaftler in allen Fragen ungefähr das Gegenteil von dem sagt, was der Agitator im Lande herum redet. Die Revisionisten werden nicht müde, immer wieder die Schale ihres Spottes über die von den agitatorisch tätigen Genossen vorgetragenen Plattheiten auszugießen. Was tut's? Im nächsten Augenblick wird doch wieder von oben herab verkündet: Wir können nicht auf radikale Forderungen verzichten, wir müssen radikale Reden halten. Die Sozialdemokratie ist in der Tat, das wird uns aus dem sozialdemokratischen Lager selbst bestätigt, zu einer radikalen und unehrlichen Politik gezwungen.

Wenn wir uns vor Augen halten, daß nicht nur das Parteiprogramm in seinem Aufriß der gesellschaftlichen Entwicklung vom Revisionismus verworfen wird, sondern daß er auch aufsäumt mit den Vorstellungen von der kommenden „vollkommenen sozialistischen Gesellschaft“ — es wird ja schon offen zugegeben, daß die Lohnarbeit, daß Zwang zur Arbeit, daß Profit, Ungleichheit der Einkommen und Vermögensbildung bleiben werden — dann müssen wir uns in der Tat fragen, was haben denn die Revisionisten mit den Marxisten noch gemein. Diese Zusammenhänge deutet uns der Verfasser in einem

besonderen Kapitel an, um dann zur Kardinalfrage überzugehen, vor die die heutige Sozialdemokratie gestellt wird: Muß der Sozialismus kommen oder kann er kommen? Viele Revisionisten glauben nicht mehr daran, daß sich die kapitalistische Gesellschaft von selbst auflösen, „daß der Kapitalismus je eines natürlichen Todes sterben wird“. Damit wird der Marxismus geradezu enturzelt. Wenn die Entwicklung nicht von selbst zum Sozialismus treibt, wenn überhaupt niemand sicher ist, ob und wie die sozialistische Gesellschaft möglich, und wenn alles in den Willen der jeweils handelnden Menschen gestellt wird, wo bleibt da die Ueberzeugung, die heute noch jedes sozialdemokratische Blatt und jeder sozialdemokratische Agitator den Massen vorredet? Der Verfasser zeigt, wie wider Willen die ehedem „naturegeheime“ Sozialdemokratie den Boden der Ethik und der Religion betreten muß, ob sie will oder nicht.

Interessant sind auch die Ausführungen über das religiöse Problem in der Sozialdemokratie. Wir lernen den krassen Materialismus der alten Marxisten kennen, der zu der Heuchelei des Programmsatzes „Religion ist Privatfache“ geführt, sehen, wie die Genossen trotz dieses Programmsatzes zu einer aggressiven, antireligiösen und antikirchlichen Stellungnahme kamen. Wir lernen aber auch eine ganz neue Richtung innerhalb der Sozialdemokratie kennen, die in einer Art „religiöses Bedürfnis“ anerkannt und ihm entgegen kommen will. Einer spricht schon ganz klar aus: ohne Religion wird die Bewirklichung sozialistischer Ideale niemals möglich sein.

Und doch haben diese religiösen Sozialdemokraten wenig mit uns gemein. Gerade sie sind es, die zum offenen Konflikt mit der heutigen Kirche und mit dem Christentum treiben.

Wem wird die Zukunft gehören? In diesem letzten Kapitel untersucht der Verfasser, was für den Revisionismus spricht, was für den Radikalismus, welche Richtung die meisten Aussichten für die nächste Zeit hat. Nach den vom Verfasser angeführten Gesichtspunkten und Tatsachen muß man ihm Recht geben, wenn er der radikalen Richtung die Herrschaft zuspricht. Die Herrschaft des Radikalismus in der Sozialdemokratie wird aber über kurz oder lang zu schweren Konflikten mit der bürgerlichen und staatlichen Gesellschaft führen und der Arbeitererschaft durch Wiederanblasen reaktionärer Stimmungen großen Schaden zufügen. In der Sozialdemokratie wird die Arbeitererschaft auf die Dauer nicht befriedigen können. Sie wird sich, alle Zeichen sprechen dafür, in kulturpolitische Kämpfe stürzen und darin verjümpfen. Niemals wird eine soziale Bewegung von der Art der Sozialdemokratie ihr Ziel erreichen können.

In diesen Gedankengängen, die wir hier nur kurz angedeutet haben, bewegt sich der Inhalt der neuen Broschüre. Ihr ist ein Anhang beigegeben, der das Erfurter Programm bringt, sowie eine Reihe dankenswerter Materialien über die Organisationsform, Stand der Organisation, die Agitationstätigkeit, Presse, Agitationszentralen, sowie über die soziale Frauenbewegung, die Jugendbewegung, die allgemeinen Bildungsbestrebungen und die Parteschule.

Wer in der Agitation mit Sozialdemokraten das Wort zu führen hat, der muß die Broschüre zur Hand haben. Nur indem wir die Sozialdemokratie und die Fragen, die in ihr eine Rolle spielen, genau kennen, können wir unsere sozialdemokratischen Gegner zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit uns zwingen. Darin aber werden wir der Arbeitererschaft den Nachweis liefern können, daß in der sozialdemokratischen Bewegung und ihrer klassenkämpferischen Politik das Heil der deutschen Arbeitererschaft nicht liegen kann.

*) „Krisis in der Sozialdemokratie“ von Josef Joos, Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, 128 Seiten 8°, Preis 1 M., Volksvereins-Verlag M.-Glabbech.

Intriguenpiel, Konstruktionen, Kombinationen!

In einem längeren Artikel räumt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in seiner jüngsten Nr. (3) mit all dem unklaren, verwirrenden und zum Teil direkt erfundenen Zeugnis auf, das in einem Teile der bürgerlichen Presse und selbstverständlich vornehmlich in der sozialdemokratischen in den letzten Wochen über unsere christliche Gewerkschaftsbewegung geschrieben worden ist. In der Hauptsache dreht es sich um folgende Behauptungen:

1) Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sollten im Herbst des verflossenen Jahres durch den Papst verboten werden; dies sei verhindert worden durch die Komreise des Herrn Kardinals Fischer und durch das Dazwischentreten des deutschen Reichskanzlers.

2) Den christlichen Gewerkschaften sei indes nur eine Gnadenfrist bis nach Beendigung der nächsten Reichstagswahl zugestanden worden.

3) Schon jetzt sei zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ein gewisser Friedenszustand herbeigeführt, der auf Kosten der christlichen Gewerkschaften erfolgt sei.

4) Die christlichen Gewerkschaften — und diese Entscheidung stammt aus den letzten Tagen — hätten den „letzten äußeren Rest ihrer Selbständigkeit“ preisgegeben und seien von den Bischöfen in „stramme Furcht genommen“ worden.

Zu dem ersten Punkte der tolen Behauptungen, dem es

„Verbote der christlichen Gewerkschaften“

sagt das „Zentralblatt“, daß diesbezüglich wohl in „manchen Kreisen der Wairich der Vater des Gebanens gewesen“ sei. Den Wairich habe aber Kardinal Fischer nach Rückkehr von seiner Komreise in seinem Hirten-schreiben völlig zerstört, als er schrieb:

„Der Heilige Vater denkt garnicht an irgend welche Verurteilung irgend einer unserer Organisationen. Im Gegenteil . . . Wir können, sollen und wollen sie weiter erhalten und immer mehr entwickeln. . . Ich füge noch eigens bei, daß der Papst mit Entschiedenheit erklärt hat, daß er in der sogenannten Gewerkschaftsfrage nach wie vor den bisherigen Standpunkt einnehme, nämlich, daß er den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, gleichmäßig neutral gegenübersteht. Das dient zur Beruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften beigetreten sind oder beizutreten gedenken.“

Diese Sprache konnte jedenfalls klarer und deutlicher nicht mehr gewählt werden.

Zu dem dem

deutschen Reichskanzler

in der Angelegenheit zugeschobenen Rolle stellt das „Zentralblatt“ folgendes fest:

Als der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im März 1910 in Rom seine Antrittsvisite machte, wurde von einem Berliner Mitarbeiter in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ (Nr. 151/10) u. a. angeführt, daß bei der Unterredung im Saalbau auch der deutschen Arbeiterbewegung und der Stellung der christlichen Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie gedacht worden sei, daß jedoch bei der Besprechung es sich „um eine Anerkennung der christlichen Gewerkschaften durch den Papst nicht gehandelt haben“ könne, da der Papst „ja bereits zu wiederholten Malen die Bedeutung und das Wirken dieser interkonfessionellen Arbeiterorganisationen anerkannt“ habe. Diese Notiz ist damals bereits durch die ganze deutsche Presse gelaufen. Die sozialdemokratischen Zeitungen griffen mehrfach auf die Angelegenheit zurück und brachten gegen die christlichen Gewerkschaften Artikel mit Ueberschriften: „Handlanger der Reaktion“ u. Und ein halbes Jahr später berichteten dieselben Zeitungen bürgerlicher und sozialdemokratischer Solent, „daß eine Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften parallel zur Verurteilung des „Silva“ schon auf dem Schreibtisch des Papstes lag“, daß dagegen aber „der unsichtbar waltende Arm des deutschen Reichskanzlers“ tätig gewesen sei und „Herr v. Kühlberg, der preussische Gesandte beim heiligen Stuhl, den (päpstlichen) Staatssekretär die Meinung des Reichskanzlers habe wissen lassen, daß . . . ein Verbot der christlichen Gewerkschaften durch Rom im jetzigen Augenblick die Verstärkung des einzigen Schutzwalles gegen die rote Flut bedeute“, und daß daraufhin „diese Enzyklika für anderthalb Jahre in einem Schubfach zur Ruhe gekommen“ sei. Daß die Veröffentlichung der beiden Besarten über Vorgänge im März und November desselben Jahres durch ein und dieselben Zeitungen eine besonders geistreiche Leistung darstelle, wird wohl niemand behaupten wollen. Die „Entscheidung“ der sozialdemokratischen Presse war auf alle Fälle einmal überflüssig: entweder im März oder im November. Denn wenn im März zwischen dem Papst und dem deutschen Reichskanzler über die christlichen Gewerkschaften eine Ansprache stattgefunden und über deren Verurteilung eine Uebereinstimmung bestanden hat, dann kann nicht einige Monate später ein „Verbot

der christlichen Gewerkschaften . . . auf dem Schreibtisch des Papstes“ gelegen haben, das „der unsichtbar waltende Arm des deutschen Reichskanzlers“ unwirksam gemacht haben soll. Für Leute, denen nicht Fanatismus oder blinder Haß den Verstand blendet, gibt es gegenüber dieser tatsächlichen Feststellungen nur zweierlei:

a) Daß ein Souverain — und als solcher wird doch der Papst von den meisten Ländern (auch von Deutschland) anerkannt —, der „bereits zu wiederholten Malen die Bedeutung und das Wirken dieser interkonfessionellen Arbeiterorganisationen anerkannt“ hat, im November 1910 ohne größere Veranlassung keine Aktion gegen die gleichen Institutionen unternehmen kann, über die ein halbes Jahr vorher zwischen ihm und dem ersten Beamten einer Nation von 65 Millionen Einwohnern Uebereinstimmung bestanden haben soll;

b) daß kein leitender Staatsmann, sofern die Darstellung über die im März in Rom getätigte Ansprache richtig ist, im November des gleichen Jahres die Rolle spielen kann, die ihm von der Tagespresse zugeschoben worden ist, ohne sein ganzes Prestige aufs Spiel zu setzen.

Ueber solche Zusammenhänge scheinen sich aber manche Tageszeitungen den Kopf nicht zu zerbrechen; sie nehmen vielmehr alles das auf, was „interessant“ und womit Sensation zu erzielen ist, selbst auf die Gefahr hin, daß sie sich schließlich selbst — ohreifeigen.

2) Bezüglich der angeblichen, den christlichen Gewerkschaften bis nach Beendigung der nächsten Reichstagswahl gewährten

Gnadenfrist

sind breitere Bemerkungen nach dem oben Gesagten überflüssig. Nur das eine sei festgestellt: die christlichen Gewerkschaften werden mit ihrem jetzigen Charakter — nicht etwa umgewandelt — noch länger bestehen, als es einerseits den Scharfmachern und anderseits der Sozialdemokratie lieb ist. Bezeichnenderweise waren es nämlich vornehmlich Organe der beiden Richtungen — der Scharfmacher und der Sozialdemokratie —, die ihren Lesern von der den christlichen Gewerkschaften zugedachten Gnadenfrist besonders laut erzählten. Wir sind nur gespannt darauf, was die betreffenden Organe ihren Lesern dann sagen werden, wenn die nächste Reichstagswahl getätigt und damit die „Gnadenfrist“ der christlichen Gewerkschaften beendet ist — und diese trotzdem — in der Zwischenzeit sogar merklich erstarkt — munter weiterbestehen. Also abwarten!

3) Der angeblich „auf Kosten der christlichen Gewerkschaften“ schon

jetzt geschaffene „Friedenszustand“

ist selbstamerweise wieder von zwei Extremen konstruiert worden: von dem Berliner Scharfmacherorgan, der „Post“ und — der sozialdemokratischen Presse. Die „Post“ (Nr. 536) holte, bei Besprechung des Artikels in Nr. 23/10 des Zentralblattes: „Zur Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Staate und den Unternehmern“ zu der tiefstimmigen Betrachtung aus, es habe eine Umwandlung in den christlichen Gewerkschaften insofern stattgefunden, als diese das „kulturell religiöse Problem von dem wirtschaftlichen getrennt“ hätten.

Die „Post“ hat anscheinend von dem Wesen der christlichen Gewerkschaften nur eine dunkle Vorstellung. Sonst könnte sie nicht schreiben, daß bei den christlichen Gewerkschaften „das kulturell religiöse Problem vom wirtschaftlichen ganz abgetrennt“ werden soll und insofern „Kardinal Köpp gestagt“ habe. Denn gerade umgekehrt wird ein Schuß daraus! Das „kulturell religiöse Problem“ brauchte von den christlichen Gewerkschaften nicht „abgetrennt“ zu werden, weil dieses als nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehörig, von ihren Bestrebungen von vornherein ausgegaltet worden war. Darin besteht ja der Unterschied zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen, daß erstere die „kulturell religiösen Probleme“ einerseits und die „berufswirtschaftlichen Fragen“ anderseits in zwei getrennten Organisationen behandelt wissen wollen, während die katholischen Fachabteilungen diese Trennung für unstatthaft halten. Wahr an der Darstellung der „Post“ dagegen ist, daß die christlichen Gewerkschaften in letzter Zeit „scharf und grundsätzlich“ die Scheidungslinie zwischen sich und der sozialdemokratischen Richtung gezogen haben. Und zwar aus sehr einfachen und naheliegenden Gründen.

Denn selbst das wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie, „Die Neue Zeit“ (Nr. 45/10) offen ausspricht: „Je größer die Zahl der Mitläufer bei den nächsten Wahlen sein wird, umso mehr wächst die Aussicht der Reaktion“, wenn man sich weiter den Verlauf des letzten sozialdemokratischen Parteitagcs in Magdeburg, der von den Bedebour, Stadthagen, Rosa Luxemburg beherrscht wurde, vergegenwärtigt, dann haben die christlichen Arbeiter, aus dem wohlüberlegten Arbeiterinteresse heraus, gewisse dem von ihrem grundsätzlichen Standpunkte aus, alle Verunsicherung, recht weit von der Sozialdemokratie abzurücken. Um zu dieser Ausdehnung zu gelangen, bedarf es keineswegs nicht des Dazwischengreifens kirchlicher Autoritäten, hinter denen überhaupt viel mehr Vertrauen mit den Massen der Arbeiterbewegung genützt wird, als tatsächlich vorhanden sein dürfte.

4) Die sozialdemokratische Entdeckung über das angeblich neue Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Bischöfen

führt sich auf einen Brief, den der Papst an Herrn Kardinal Fischer geschrieben hat, worin es u. a. heißt: „Wir freuen uns, daß Ihr (die preussischen Bischöfe) bezüglich der sozialen Frage Vorsorge getroffen habt, um die Eiferfucht und die gereizten Streitigkeiten unter den beiden Arten der Arbeiterverbände zu beseitigen, und daß Ihr zu diesem Zwecke für beide Organisationen gewisse allgemeine Vorschriften aufgestellt habt, die sie befolgen müssen, damit eine jede in ihrem Tätigkeitsbereiche fortfahre, zum wahren Nutzen der Arbeitgeber und der Arbeiter, unter gleichzeitiger Förderung der Religion und des Staatswohles zu wirken.“

Dieser Passus des Papstbriefes hat die Gegner der christlichen Gewerkschaften und solche Kreise, die sonst das ganze Jahr sich nicht um sie kümmern, wieder erneut munter gemacht.

Wir haben zu der Angelegenheit lebendig zu bemerken, daß die Bischofskonferenz in Fulda (13. Dez. 1910), wie der Papstbrief deutlich zu erkennen gibt, sich mit dem bekannten Gewerkschaftskreit im katholischen Lager befaßt hat. Dieser spielte sich ab zwischen den katholischen Fachabteilungen (Sitz Berlin) und den katholischen Arbeitervereinen Süd- und Westdeutschlands, bezw. mit den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften. Von „Berliner“ Seite wurden kirchlich-religiöse Bedenken gegen die Beteiligung katholischer Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften unter stetiger Hereinziehung der Autorität der Bischöfe und des Papstes immer wieder ins Treffen geführt. Nun hat, wie jüngst Kardinal Fischer in dem oben angeführten Hirtenbrief mitteilte, der Papst erklärt, daß von seiner Seite keine Bedenken dagegen bestehen, daß die katholischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften beitreten. Im Anschlusse daran haben nun die preussischen Bischöfe Jagst zu Fulda ihrerseits die sichere Erwartung ausgesprochen, daß die gereizten Streitigkeiten unter den sich bekämpfenden Parteien aufgehört werden. Und der Papst hat seiner Freude über diesen Schritt der preussischen Bischöfe Ausdruck gegeben. Aus dem Gesagten ergibt sich, was wir hiermit noch ausdrücklich feststellen, daß die Fuldaer Bischofskonferenz keine „Vorarbeiten“ aufgestellt hat, die etwa für die christlichen Gewerkschaften eine Änderung ihrer Grundzüge oder ihrer seitbesten organisatorischen und gewerkschaftlichen Praxis zum Gefolge haben könnten oder zur Folge haben werden. Mehr wie Worte und die gegnerischen Konstruktionen wird das die zukünftige Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften beweisen. Seit Mitte Dezember hat „Der Arbeiter“ (Berlin) seine Angriffe auf die christlichen Gewerkschaften, als seien diese vom Standpunkte der katholischen Moral verwerflich, eingestellt. Und so lange der Berliner „Arbeiter“ bei seiner in letzterer Zeit eingeschlagenen Taktik verbleibt, fehlt den christlichen Gewerkschaften jedwede Veranlassung, sich mit den katholischen Fachabteilungen breit und aggressiv auszunendern zu lassen.

Damit sind die zum Teil geradezu verrückten Behauptungen unserer Gegner auf ihren Wert zurückgeführt. Wir schließen mit dem „Zentralblatt“:

„Das ganze Intriguenpiel, die Konstruktionen, Kombinationen's tutti quanti, die die Gegner der christlichen Gewerkschaften in den letzten Monaten über sie zusammengereimt haben, werden am besten dadurch gegenstandslos gemacht und zurückgewiesen, daß sämtliche Funktionäre und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mit verstärkter Energie und Kraft an der Ausarbeitung unserer Bewegung arbeiten. Kollegen! Die christlichen Gewerkschaften sind keine von den Launen ihrer Gegner abhängige Gebilde: sie sind und werden das sein, was wir aus ihnen machen. Daher: An die Arbeit!“

Die sozial-studentische Bewegung.

I.

Immer nachhaltiger beschäftigt die Studentenschaft die Frage, was sie tun müsse, um sich für ihre späteren Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Arbeit frühzeitig zu schulen. Die Einsicht, daß eine solche Schulung nicht erst nach vollendetem Universitätsstudium beginnen darf, ist in den letzten Jahren in steigendem Maße geistiges Eigentum aller in Frage stehenden Kreise geworden. Dabei handelt es sich in erster Linie nicht um die Förderung des nationalökonomischen Unterrichts, die nur für Fachleute dauernd in Frage kommt, während die große Masse unserer Studenten lediglich die eine oder andere öffentliche Vorlesung zu hören in der Lage ist. Es kann sich auch nicht darum handeln, die Behörden zu bestimmen, stärker als bisher in den einzelnen Fakultäten auf nationalökonomische Kenntnisse zu dringen, da die Studentenschaft auf diese Entwidlung sozusagen ohne Einfluß ist. Was sie selbst tun kann, ist energische Selbsthilfe. Solche hat in früheren Jahrzehnten in vielfacher Weise eingesetzt. Es gab blühende Binzenkonferenzen, soziale Studiengröße, Vorträge in den Korporationen und sonstige örtliche Veranstaltungen, deren Wirkung gewiß stellenweise eine nachhaltige gewesen ist. Es hat jedoch gefehlt an der energischen Propaganda der genannten sozial-studentischen Erziehungsmittel und vor allem an ihrer systematischen Durchbildung für das Gemeinwohl und für die Heranzüchtung der Jugend zu früher völlig ungeschick der Betätigung geblieben.

Mit dem Jahre 1908 ist dann durch die Gründung eines eignen „Sekretariats sozialer Studentenarbeit“ in diese Bestrebungen, vor allem innerhalb der christlich-nationalen Studenten, das System hineingebracht worden, und heute schon können wir mit Stolz auf die umfangreiche Arbeit dieses zielbewußten, vielseitigen, mit agitatorischer Gabe arbeitenden jungen Instituts hinsehen. Das Sekretariat veröffentlicht alljährlich im Herbst einen vierseitigen Jahresbericht. Wir entnehmen dem ersten, vom Herbst 1910, folgende Zeilen über die Arbeit, die das Sekretariat zu leisten sich vornahm. „Die Gründung des Sekretariats“, so heißt es dort, „entsprang der Beobachtung steigender Abwesenheit (Abwesenheit) der gebildeten Klassen auf dem Gebiete der sozialen Arbeit, begründet teils durch mangelhafte soziale staatsbürgerliche Kenntnisse, teils durch ein erhebliches Manko jugendlicher Erziehung zur sozialen Uneigennützigkeit und Noblesse, teils durch fehlende praktische Art im Verkehr mit handarbeitenden Volksgenossen.“

Das Fehlen der Gebildeten auf dem Felde der sozialen Mitarbeit erschien als ein Symptom tiefer liegender Entfremdung zwischen handarbeitendem Volkstum und beißenden und gebildeten Klassen. Eine gleiche innere Entfremdung war bei den Erstern den Letztern gegenüber zu konstatieren. Das mußte doppelt bedenklich erscheinen in einer Zeit lebhaft steigenden kulturellen Selbstbewußtseins und steigender sozialer Mitarbeit der unteren Volksschichten. blieb die studierende Jugend, die sich mit Vorliebe zu später fährender Rolle berufen glaubte, dem gemeinsamen Staatswerte gegenüber in offenkundiger Ignoranz der Dinge, die die breite Volksschichten schon in früherer Zeit lebhaft interessierten und bewegten, blieb der am lauteften in die Öffentlichkeit tretende Teil, die Jeunesse dorée, volksfremd in den besten Jahren jugendlich frohen Uebermutes und sprudelnden Lebens, gleichgültig und verlegend läßig gegen Werte, die den gleichalterlichen Volksgenossen heilig waren, oder erschien sie auch nur so, so mußte mit Recht eine weitere Zuspitzung der schon unerträglich gewordenen Bitterkeiten und Gegensätze erwartet werden.

Dem Uebelstande abhelfen konnte neben Maßnahmen behördlicher und erzieherischer Natur, auf die wir keinen direkten Einfluß hätten, lediglich eine scharfe und konsequente Agitation in der Studentenschaft selbst. Das abgebrauchte Wort „Wer die Jugend heilt, besitze die Zukunft“, ist nirgends so wahr wie in sozial-studienmäßigem Zusammenhange. Wächst erst die akademische Generation durch die Univeritätszeit, durch die ersten Jahre praktischer Tätigkeit und durch die Gründungszeit der Familie in die Periode des Blüthenalters hinein, dann ist sie für neue soziale Bestrebungen nur im Ausnahmefall zu gewinnen. Entweder die Studentenschaft oder gar nichts.“

Die „Studentenblätter“ ergänzen diese Mitteilungen für die verflochtenen Herbstferien. Für die Ferienvereinigen „waren die Herbstferien 1910 eine Zeit der Erprobung. Der Eifer der Mehrheit, die dem Beginne einer Bewegung eigen ist, war vergänglich. Wer diesmal half, half aus gefestigter Ueberzeugung und aus bewußter Freundschaft mit unsern Ideen. Eine starke Generation Gereifter, die schon in Praxis stünden und der Studentenschaft Zeitung und Wegweisung hätten geben können, ist noch nicht am Platze. Wächst erst langsam heran. Das Sekretariat selbst ist mit Agitation, Drucklegung, Gründungsarbeit, Korrespondenz so überlastet, daß es nur spärlich Vorschläge und Anregungen zur Weiterarbeit geben kann, nur selten zögernd und schläfrigen Freunden beratend nahebrüt. Das Besichtigungswesen, im zweiten oder dritten Jahre erst, noch unerprobt. Wie wenige gibt es, die ein Objekt gut zeigen oder erklären können. Wie groß die Plage, es mangle an Referenten, die im Anschluß an das Besichtigte etwas Gescheites und Zusammenhängendes zu sagen wissen. Ueberall noch die Anfänge. Die Ferienvereinigen haben die Probe bestanden. Wir zählten zu Beginn der Ferien 109. In Veranstaltungen sind zu verzeichnen 157. Dazu kommen 54 Gründungsversammlungen. Zusammen mit hin 211 Veranstaltungen. Die Gesamtzahl der Vereinigungen am Schluß dieser Ferien 163. Das Listenwesen ist geordnet. Sowohl Adressaten wie Interessenten für die einzelnen Bezirke vermerkt. Der Kassierer hat fast überall, vielfach mit Hilfe eines Freundes, in mustergültiger Weise Teilnehmer- und Abonnementbeiträge erledigt.

Vor uns liegt noch große Begeisterung. Es gilt, während die Studenten in der Univeritätsstadt weilen, daheim eine Gruppe von nichtstudentischen Interessenten für die Vorbereitung von Veranstaltungen der folgenden Ferien interessieren und sie mit den Kommissionsmitgliedern schon jetzt in Verbindung setzen. Es gilt in der Univeritätsstadt, in den Korporationen und sonstigen Vereinigungen für die Ferienarbeit Propaganda zu machen. Referate halten und Druckfachen verbreiten. Es gilt zukünftige Mitarbeit und Teilnahme an semesterlicher Arbeit (Semestraler Arbeiterkurse) im Sinne einer Schulung für die kommenden Ferien (Heimliche Arbeiterkurse) bestimmen. Es gilt nicht zuletzt Gymnastik zu Freunden unserer Bewegung machen, damit sie zu Ostern oder Herbst sofort nach erledigtem Examen frisch mit aus Welt gehen können. Arbeit über Arbeit. Sie ist wohlgemut in Angriff genommen.“

In welcher Weise das Sekretariat die Interessierung und Betätigung der Studenten auf sozialen Gebiete zu erreichen wußte, geht aus einer Uebersicht in Nr. 6/7 der „Sozialen Studentenblätter“ über die bisherigen Arbeiten und Leistungen des Sekretariats hervor. Diese Uebersicht gibt zusammen mit dem bereits genannten ersten Jahresbericht ein hochinteressantes Bild über die bisher entfaltete, überaus vielseitige und fruchtbare Arbeit, und sei daher an dieser Stelle, da noch weitere

Preise die genannten Bestrebungen nicht kennen, kurz resümiert.

Im Jahresbericht hatte es geheißt: „Als erstes Mittel, das im Geschäftsjahre (Herbst 1909 bis Herbst 1910) einen beträchtlichen Ausbau und eine starke Innenentwicklung erfuhr, erschienen die Sozialen Ferienvereinigen. Ihre Aufgabe sollte es sein, den Reichtum der Heimat an sozialem Besichtigungsmaterial aufzutun und durch Vorträge, von sozialen Praktikern gehalten, elementare Belehrung zu geben. Der Mechanismus der Ferienvereinigen war der denkbar einfachste. Jeder Formalismus wurde nach Möglichkeit gemieden. Die so gefundene Organisationsform bewährte sich überall. Aufgabe der kommenden Jahre wird es noch sein, das Besichtigungs- und Vortragswesen systematisch auszubauen und das Leben der Ferienvereinigen auch dort zu erhalten, wo es bei vielfach vorhandenem Mangel fürsorgender Nichtstudenten für kürzere oder längere Zeit gefährdet erscheint. Es bestanden zu Beginn der Herbstferien 1910 109 Soziale Ferienvereinigen, wovon 24 Ostern 1909, 27 Herbst 1909, 4 Ostern 1910 gegründet wurden.“

Sicherheitsvorrichtungen in der Baumwollspinnerei.

(Nachdruck nicht gestattet.)

Die Baumwollspinnerei hat in den letzten Jahren rapide Fortschritte gemacht, und gerade diese lenken die Aufmerksamkeit besonders auf die Unfallverhütung durch angemessene Mittel. Das Gefühl der Sicherheit erhöht die Arbeitskraft. Interessante Mitteilungen über moderne Sicherheitsvorrichtungen an Maschinen der Baumwollspinnerei enthält ein in „Scient. Am.“ von J. S. Crabtree veröffentlichter Aufsatz.

Wenn ein Ballen Baumwolle von den Baumwollfeldern in die Spinnerei gelangt, wird er zunächst auf dem Ballenbrecher bearbeitet, um die harten Klumpen zu zerteilen und einen gleichmäßigen Stock zu erzielen. Diese Ballenbrecher haben schon manchen Unfall verschuldet. Schon mancher kräftige, gesunde Mann ist beim Speisen der Maschine oder bei dem Versuch, einen Klumpen aus der Nähe der gezackten Walzen zu entfernen, erfaßt und binnen weniger Sekunden zum Krüppel gemacht worden. Um dies zu verhüten, werden zwei bis drei Fuß lange Stahlroste über das Speisegitter gelegt, sodaß sich beim Speisen der Maschine keine Hand den Walzen nähern kann. Die Letzteren sind vollständig durch eine schmiedeeiserne Schutzvorrichtung bedeckt. Auch die Triebräder des Ballenbrechers sind, im Falle sie freiliegen, sehr gefährlich. Deshalb ist ihnen ein Schutzschild aufgesetzt, sodaß die Finger des Arbeiters keinesfalls mit ihnen in Berührung kommen können.

Von dem Ballenbrecher geht die Baumwolle auf die Wattenmaschine; diese und der unmittelbar darauf folgende Doffner haben einige gefährliche Eigenheiten miteinander gemein. Die seitlichen Riemenscheiben befinden sich nahe dem Fußboden und drehen sich mit großer Geschwindigkeit. Es kommt nicht selten vor, daß Reinigungsmaterial, wie Bürsten, sich zwischen den Scheiben verwickeln, was die schwersten Folgen für die Arbeiter haben kann, da es hinausgeschleudert wird und dem Arbeiter ins Gesicht fliegen kann. Um diesem Uebelstande zu begegnen, werden die Triebscheiben mit einer Eisenblechhülle bedeckt. Auf der andern Seite der Maschine liegen Strecken von Stirnrädern, welche gleichfalls den Arbeitern beim Reinigen und bei unvorsichtiger Straucheln schon schweren Schaden gebracht haben. Für diese Räder ist ein gußeiserner Schild vorgesehen, welcher leicht abnehmbar ist, wenn Reparaturen und Inspektionen stattfinden sollen. Diese Schutzvorrichtung beeinträchtigt in keiner Weise die Leistungsfähigkeit der Maschine und hält nebenbei das Getriebe auch noch frei von Staub und Schmutz.

Eine große Gefahr bietet auch die als „Beater“ bezeichnete Doffnungsmaschine. Sie besitzt scharfe Stahlmesser, die sich mit 1000 Umdrehungen pro Minute bewegen. Manchmal sammeln sich Baumwollklumpen nebe den Lagern der Doffnerachse, und der Arbeiter ist versucht, die kleine Klappe zu öffnen, welche in den Wattenraum führt. Den Triebreimen legt er auf die Losscheibe, sodaß die Maschine für ein bis zwei Minuten langsam läuft. Die Gefahr bleibt aber trotzdem noch eine bedeutende, denn wenn auch die Bewegung an der Außenfläche eine schwache ist, so laufen doch die Klängen innen noch immer mit gefährlicher Geschwindigkeit. Steckt nun der unvorsichtige Arbeiter seine Finger in die Kammer, um das Hindernis, einen Baumwollklumpen, zu entfernen, so sind sie sofort abgeschnitten. Zwischen den rotierenden Klängen und dem Rahmen des Doffners ist kaum ein Drittel Zentimeter Raum.

Zur Verhütung derartiger Unglücksfälle wird eine Vorrichtung angebracht, welche die Kammerklappe geschlossen hält, bis die Klängen zu vollständigem Stillstand gelangt sind. Auch kann die Maschine nicht eher wieder in Betrieb gesetzt werden, als bis die Klappe wieder sicher geschlossen ist. Bei dem Watten-Doffner z. B. schiebt sich eine Stange zwischen die Speichen des Triebrades, und erst dann läßt sich die Klappe öffnen. Sobald die Stange aus der Riemenscheibe herausgehoben wird, schiebt sich ihr anderes, in der ersten Stellung freies Ende in ein Hebelsystem ein, das die Trommel nun fest verschließt, sodaß ihr während ihres Umlaufs nicht beizukommen ist.

Aus dem Watten gelangt das „Bleis“, d. h. die dünne Watte, in die Karde oder Krempelmaschine, wo die Fasern von Schmutz und Pflanzenteilen befreit werden und ihnen eine annähernd parallele Lage gegeben wird. Das lose „Bleis“ wird hier in einen gleichfalls losen „Faden“ verwandelt. Die „Karde“, wie sie kurz bezeichnet wird, ist längst als gefährlicher Mechanismus bekannt, und das Zahnradgetriebe, welches ihre Borsten, Lambours und Abnehmer in Bewegung setzt, wird mit umständlichen Schutzvor-

richtungen versehen. Der gefährlichste Teil der Karde ist jedoch der Hauptambour, dessen Durchmesser 100 bis 125 Zentimeter beträgt und der mit etwa 100 Umdrehungen pro Sekunde rotiert. Die Kardengarnitur derselben weist Tausende von Stahlbrahlspeichen auf, die alle hafensförmig leicht nach innen gebogen sind, um die Baumwollfasern zu ergreifen. Solange die Lambourklappe geschlossen ist, besteht keinerlei Gefahr. Da aber durch diese Klappe die Lambour, wie auch die anderen Organe der Karde, häufig von den abgekämmten Baumwollabgängen gereinigt werden muß, was zum Teil noch von der Hand geschieht, so bleibt die Klappe leicht einmal unbeobachtet offen stehen. Die Maschine läuft noch, und der sich dabei bildende Baumwollvorhang verbirgt den unbedeckten Teil des rotierenden Lambours. Dies bildet eine sehr gefährliche Falle. Kommt ein anderer Arbeiter zur Bedienung der Maschine und versucht, den Baumwollvorhang zu entfernen, so ergreifen Hunderte von Stahlspitzen seine Hand, ziehen sie zwischen Lambour und Abnehmerdeckel und richten sie so übel zu, daß meist der Verlust der Hand oder gar des ganzen Armes die Folge ist.

Auch dieser Möglichkeit sucht man durch Verschlußvorrichtungen vorzubeugen, welche das Öffnen der Klappe verhindern, solange sich der Lambour noch dreht und ein Wiederanlassen der Maschine vor festem Verschließen der Klappe nicht zulassen.

Bei den auf die Kardens folgenden Streckmaschinen kommen Unglücksfälle weniger vor, seitdem die Triebräder umschlossen sind. Dagegen geben die Vorspinnmaschinen noch immer zu mancherlei Verletzungen Anlaß, hauptsächlich dann, wenn gefährliche Teile während des Betriebes gereinigt werden. Die Hyperbelräder, welche die Spulen und Spindeln antreiben, müssen naturgemäß von allen Seiten geschützt sein, eine Ausnahme bildet allein der untere Teil der Spulträder. Würde dieser Schutz fehlen, so wären die Unglücksfälle auf den Vorspinnmaschinen äußerst gefährlich und zahlreich. Man schützt die Triebräder jetzt nach einer neuen Idee. Man gibt nämlich nicht mehr jedem einzelnen Rade seine eigene Schutzvorrichtung, sondern bringt an der Maschine Löcher mit automatischem Verschluß an, welche Selbstschranntüren nicht unähnlich sind und das ganze Getriebe nach außen absperrten, solange die Räder laufen.

Auf der Mulemaschine, welche zum Feinspinnen des von der Vorspinnmaschine kommenden Fadens dient, kommen die meisten Verletzungen in der Baumwollspinnerei vor. Sie wird meist von jugendlichen Arbeitern bedient, welche die Fedeln anzurufen müssen, wenn sie beim Strecken und Aufwickeln reisen. Hierbei können die Finger unter die Räder des Wagens geraten und zerquetscht werden, während durch ungeschickte Quadranten und Drehwerksgehäuse noch schwerere Verletzungen stattfinden können.

Glücklicherweise für diese jungen Angewirmer gibt es jetzt wirkungsvolle Schutzvorrichtungen für alle Teile der Mulemaschine, welche die Gefahr auf ein Minimum herabsetzen. Die Drehwerksgehäuse werden nun durch vollständige Hüllen eingeschlossen, und die Wagensräder haben Schutzvorrichtungen, die zwischen Rad und Schiene eingepaßt sind. Die Quadranten und Getriebe haben gleichfalls Deckel, während die Schneckenräder an der hinteren Achse, durch welche so mancher Bursche schon den Arm verloren hat, jetzt so gut geschützt werden können, daß ein Unfall bei ihnen nur durch unbefugte Eingriffe möglich wäre.

Unsere Mitglieder müssen nicht nur die angebrachten Schutzvorrichtungen streng beobachten, sondern auch auf ihre Bervollkommnung stets bedacht sein und vor allem dort, wo es an dem genügenden Schutz mangelt, unbedingt auf seine Einrichtung drängen. Eventuell sollen sie sich durch die freigestellten Verbandsvertreter an die inbetracht kommende Gewerkschaft wenden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Familienwerte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die natürliche Grundlage der Familie wird erstärkt und gestärkt durch die christliche Gewerkschaftsbewegung. Wollen wir daher, daß geistige Regsamkeit auch in die Proletariatsfamilien einzieht, mit dem Selbstbewußtsein, das sie dem Vater gibt, mit dem Ausblick über die nächste Umgebung hinaus für alle, mit ihrem agitatorischen Interesse, das geeignet ist, den juchhabenden Gegensatz zwischen der alten und der jungen Generation zu überbrücken, der alten, die mit agrarischem Gehirn und agrarischen Ansichten in die Industriehadt abgewandert ist, der jungen, die mit städtischem Gehirn geboren wurde, dann müssen wir die Gewerkschaftsbewegung fördern.

Wir leben ja heute den großen Akt, der in den Familien klafft, weil die Jungen unter Bedingungen groß werden, die die Alten nicht mehr verstehen. Wir stehen in einer Zeit, welche die Familie an Erziehungsfähigkeit erheblich einbüßen ließ. Die Gewerkschaftsbewegung erweckt ernstes Interesse. Der 16-Jährige hört von den Zielen der Gewerkschaft in der Familie. Er darf Flugblätter verteilen helfen, darf an den Versammlungen teilnehmen. Es geht uns so viel Jugend verloren, weil sie kein geistiges Interesse mehr hat, für das sie sich erwärmen kann, weil sie nicht mehr weiß, wofür ihr Herz höher schlagen soll. Junge Menschen müssen ein Ideal haben, für das sie sich begeistern können, und was an den Herzen in ihnen appetisiert, der hat sie gewonnen, der hat sie sittlich geklärt. Die Gewerkschaftsbewegung aber gibt ihnen ein Thema. Unsere Eltern reden ja nicht mehr mit ihren Kindern. Was die Jungen interessiert, ist den Eltern zu dumme, oder sie finden es trivial. Die Gewerkschaftsbewegung gibt da ein willkommenes Thema.

Es weckt weiter, das sei unter dem Gesichtspunkt der Erziehung noch betont, den Sinn für Disziplin, für Ordnung, für Autorität. In den Gewerkschaftsversammlungen wird nach parlamentarischen Regeln gearbeitet. Da heißt es, Selbstzucht üben, akzeptieren, was die Mehrheit will. Heißt es, Beschlüsse ausführen, die man

vielleicht für falsch hält, die aber Gesetz geworden sind. Die disziplinäre Gesinnung in die Familien hineintragen, heißt die Autorität der Familie rechtfertigen. Durch solche disziplinäre Erziehung kann mancher junge Mensch wieder ein Verhältnis gewinnen zu seinem Vater, der eine führende Stellung in der Familie einnimmt, der Autorität ausübt. Es wird ihm wieder verständlich nahe gelegt, daß in Dingen, die ihn betreffen, auch Gehorsam am Plage sein kann. Aus diesem starken Zusammenfluß von geistiger Regsamkeit und Autorität ergibt sich, daß die Gewerkschaftsarbeit für die Erziehung in der Familie von außerordentlich großer Bedeutung ist."

Dr. C. Sonnenschein in seinem Vortrage: "Ideelle Werte der christlichen Gewerkschaften."

Was unsere evangelischen Mitglieder dazu sagen. Der neueste Kummel gegen die christlichen Gewerkschaften, der von der sozialdemokratischen und einem Teile der bürgerlichen Presse unternommen wurde, geht in erster Linie darauf hinaus, die evangelischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften abspenstig zu machen. Es ist deshalb erfreulich, daß unsere evangelischen Kollegen ihren "freundschaftlichen" Beratern eine feine, aber gründliche Abfuhr zuteil werden lassen.

Zu dem bekannten Papstbrief und den anderen Dingen (siehe Artikel: Intriguenpiel, Konstruktionen, Kombinationen) hatte die allzeit zum Heben bereite "Tägliche Rundschau" ganz dreist gesagt: "Was sagen die vielen Tausend evangelischen Arbeiter zu dieser höchst bedeutungsvollen Offenbarung?" Die Antwort gibt Kollege Behrens in dem "Reichsboten". Er schreibt da (indem er auf den Artikel des "Zentralblattes" Bezug genommen hat) u. a.:

"Wir evangelischen Mitglieder des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sind über die Einzelheiten des Gewerkschaftsstreiks im katholischen Lager sehr genau unterrichtet. Wir würden ein Verlehen der bewährten Grundsätze unserer interkonfessionellen Gewerkschaften niemals zugeben. Ein Verlehen dieser Grundsätze liegt nicht vor. Die christlichen Gewerkschaften bezwecken laut Statuten des Gesamtverbandes:

"Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Stände durch die gewerkschaftliche Organisation und Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs der Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, unter Anerkennung der selbständigen Mitwirkung der organisierten Arbeiterchaft bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen." Das sind also rein gewerkschaftliche Aufgaben. Die christlichen Arbeiter beider Konfessionen haben sich deshalb von den sozialdemokratischen Arbeitern getrennt und christliche Gewerkschaften gebildet, um die Möglichkeit zu gewerkschaftlicher Betätigung zu haben, ohne dadurch mit ihren religiösen und vaterländischen Idealen in Widerspruch und Gewissenskonflikt zu kommen. Kein Mitglied der christlichen Gewerkschaften ist in seinem Glaubensleben und in der Erfüllung seiner kirchlichen Pflichten behindert. Das gilt für Evangelische und Katholische. Zur Pflege des religiösen Lebens sind die konfessionellen Arbeitervereine besonders berufen. Von jeher, und besonders seit dem Frankfurter christlich-nationalen Arbeiterkongreß 1903, haben die christlichen Gewerkschaften die Mitgliedschaft ihrer Mitglieder in den konfessionellen Arbeitervereinen gewünscht. Das von dem verdienstvollen Führer der evangelischen Arbeitervereine, Pfarrer Dr. Weber (R.-Glabdach) geprägte Wort von der Waffenbrüderchaft zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften ist eine Befähigung dieser Tatsache.

Da nun in der katholischen Arbeiterchaft zwischen dem Berliner und dem Westdeutschen Verband katholischer Arbeitervereine der bekannte Streit um die gewerk-

schaftliche Organisationsform schwebte und in diesem Streit von Berliner Seite die kirchlichen Autoritäten in Anspruch genommen wurden, so enthält der neueste Schritt der preussischen Bischöfe nichts, was dem bisherigen einträchtigen Zusammenarbeiten zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern entgegensteht und etwa für die Zukunft dieses Zusammenwirkens Beeinträchtigungen könnte, da es sich dabei lediglich um sittlich-religiöse Leitgedanken handelt. Im Gegenteil kann es den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften nur erwünscht sein, wenn von autoritativer Seite dahin gewirkt wird, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht mehr von den Berliner katholischen Fachabteilungen auf religiösem Gebiete beunruhigt werden.

Die "Tägliche Rundschau" hat sich durch eine mißverständliche Ausdrucksweise und durch ungenügende Kenntnis der Grundsätze und des Wesens der christlichen nationalen Gewerkschaftsbewegung zu irrlichen Schlussfolgerungen verleiten lassen. Ebenso dürfte man in der "Täglichen Rundschau" bei einiger Ueberlegung zu der Einsicht gelangen, daß es unlogisch ist zu schreiben: Der Fortbestand einer interkonfessionellen wirtschaftlichen Organisation, der "viele Tausend evangelische Arbeiter" angehören, hänge "von der Entscheidung des Papstes" ab. Im übrigen befinden sich die christlichen Gewerkschaften in sehr erfreulicher Aufwärtsbewegung."

Jahresabschluss des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter. Bei dem fortwährenden heftigen Kampf, der im vergangenen Jahre gegen den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter geführt wurde, ist das Resultat seines Geschäftsberichts (veröffentlicht im "Bergknappen" Nr. 5/1911) für das Jahr 1910 von besonderer Bedeutung.

Es staßt die Behauptungen von einem "Rückgang" und von "Rassenaustritten" lägen: der Gewerbeverein hat vielmehr eine günstige Weiterentwicklung zu verzeichnen. Heute zählt er über 80000 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 1252 890 M., die Gesamtausgaben auf 988 418 M. An ordentlichen Mitgliederbeiträgen wurden 1133 866 M. vereinnahmt: das ist ein Mehr von 56 000 M. gegenüber dem Vorjahr. Das Darvermögen an der Hauptkasse stieg von 1184 265 auf 1448 737 M. Mit den Immobilien und Barbeständen in den Ortskassen verfügt der Gewerbeverein über ein Gesamtvermögen von 1 905 146 M., hat die zweite Million somit bald erreicht. Unter den Ausgaben steht das Krankengeld mit 216 791 M. an erster Stelle. Für Sterbegeld wurden 71 490 M., für Rechtschutz 75 426 M., für Streiks und Maßregelungen 12 140 M. verausgabt. Die Verbandsorgane erforderten eine Ausgabe von 117 859 M., die Agitation 98 727 M.

In den Erläuterungen zum Geschäftsbericht hebt der "Bergknappe" mit Genugtuung über den günstigen Jahresabschluss hervor, daß die christlich organisierten Bergarbeiter mit Zuversicht in die Zukunft blicken könnten. Alle Mitglieder möchten in Dienste der großen Sache mitwirken, um die Vorbedingungen zu weiteren Erfolgen zu schaffen.

Märet die Arbeiterinnen auf! Von einer Kollegin aus R.-Glabdach wird uns geschrieben: "In der letzten Nummer unseres Verbandsorgans wurde das zahlenmäßige Verhältnis der organisierten Arbeiterinnen in unserem und dem 'deutschen' Verbands mitgeteilt. Mancher Kollegin werden die Augen aufgegangen sein, als sie sah, wieviel Arbeiterinnen schon dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande angehören und dadurch für unsere Bewegung und unsere Weltanschauung vielleicht für immer

verloren sind. Es wurde in der Notiz ganz richtig gesagt, daß zahlreiche Arbeiterinnen "ahnungslos" in den "roten" Verband hineinflaßen. Sie wissen gar nicht, was es mit diesem Verbands eigentlich auf sich hat. Die "freien" Agitatoren verschweigen wohlweislich den wahren Charakter ihrer Bewegung; so werden unter schönen Reden bei der mündlichen Agitation und bei allerhand gewerkschaftlichen und nichtgewerkschaftlichen Veranstaltungen die unaufgeklärten Mädchen gewonnen. Wir müssen darum Aufklärung über den sozialdemokratischen und religionsfeindlichen Charakter des "deutschen" Textilarbeiterverbandes in die weitesten Kreise der Textilarbeiterinnen hineinbringen. Wir können das schon, indem wir auf die radikal-sozialistische Zeitschrift die "Gleichheit" hinweisen, die den Arbeiterinnen im "deutschen" Textilarbeiterverbande gratis als gewerkschaftliche Lektüre geliefert wird. Und auf der Leipziger Generalversammlung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes führte der Gauleiter Keimes-Krefeld mit Bezug auf die Aufgabe der "Gleichheit" aus:

"Unsere Arbeiterinnen sollen nicht nur zu Gewerkschaftlerinnen, sondern zu Sozialistinnen erzogen werden. Als Gewerkschaftlerinnen gehen sie uns meistens nach ihrer Verheiratung verloren, als Sozialistinnen aber finden sie dann gerade das Betätigungsfeld, auf dem sie als Erzieherinnen einer neuen Generation für die Gesamtziele und die großen Ideale der Partei und der Arbeiterbewegung wirken können."

Der "deutsche" Textilarbeiterverband gibt seinen weiblichen Mitglieder die Zeitschrift in der bestimmten Absicht, sie zu Sozialistinnen zu erziehen. Mit welchem Erfolge, schrieb mal die "Leipziger Volkszeitung" in einem Propagandaartikel für die "Gleichheit":

"Unter der sozialistischen Presse ist es vor allem unsere sozialistische Frauenzeitung, die 'Gleichheit', die nicht nur ein gewaltiges Stück revolutionärer Propaganda unter dem weiblichen Proletariat geleistet hat, sondern auch ein ebenso großes Stück sozialistischer Aufklärungs- und Erziehungsarbeit. . . . Da die 'Gleichheit' von vielen Tausend gewerblich tätigen und gewerkschaftlich organisierten Proletarinnen gelesen wird, so hat sie vor allem mitbewirkt, daß diese Frauen und Mädchen nicht nur Gewerkschaftler wurden, sondern auch Sozialistinnen. In der Folge blieben sie, selbst wenn sie nicht mehr erwerbstätig waren, doch der Arbeiterbewegung erhalten; denn sie hatten gelernt, daß es zur Befreiung der Arbeit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung bedarf. Durch Erziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen zu zielklaren Klassenkämpferinnen hat aber auch die 'Gleichheit' wesentlich dazu beigetragen, daß unsere Gewerkschaften, weil getragen vom sozialistischen Geiste, bei ihren Entschlüssen und Maßnahmen von sozialdemokratischen Grundsätzen ausgehend und sich — abgesehen von geringen Ausnahmen — von unsterklicher Engergigkeit freihielten, so daß sie an Ansehen und Werbestraft und damit auch Aktionsfähigkeit und Stoßkraft fortgesetzt zugenommen haben." (!)

Mit diesem Material müssen namentlich unsere Kolleginnen bei der mündlichen Agitation unter ihren Arbeitsschwwestern Aufklärung bringen, müssen besonders hervorheben, wieviel hierbei in bezug auf den Glauben auf dem Spiele steht. Das wird helfen. Die Redaktion unseres Blattes aber möchte ich bitten, nächstens einmal das Material über die religiöse Verheerung des "deutschen" Textilarbeiterverbandes systematisch zusammenzustellen."

Wir haben dieser Zuschrift gerne Raum gegeben und empfehlen sie sehr der Beachtung. Dem in dem letzten Satz ausgeprochenen Wunsche der Kollegin werden wir bei Gelegenheit nachkommen.

Starke Seelen.

7) Eine Romanstippe aus der modernen Gewerkschaftsbewegung von Ernst Breit.

Als Fritz einige Tage später wie immer die eingetauchten Postkassen durchsah, fiel ihm sogleich ein Briefwert mit einer ihm sehr bekannten Damenhandschrift auf. Als er es erbrach, fand er eine sehr formell gehaltene Kündigung vor, die von allen Arbeiterinnen unterzeichnet war. Als erste hatte Maria unterzeichnet, die auch die Reinschrift des Kündigungsschemas besorgt hatte.

Den Streit hatte er erwartet, aber daß Maria es war, die seine eigenen Leute gegen ihn führte, empörte und verletzte ihn tief, ja tief, wie ihn bisher noch nichts getroffen hatte. Sie, die in der Kindheit Seite an Seite mit ihm gewachsen, hatte ihm nun den Krieg erklärt, hatte ihn verraten für ein verrobbetes Wortstück und die Judoempörung eines höheren Lohnzahlers. Ein empfinden tiefer Bitterkeit fiel ihm auf, und alle freudigen Erinnerungen an die froh verlebten Tage der Kindheit erlösten nur seine Qual. Ein höherer, stehender Schmerz drang ihm von der Brust in den Kopf und drohte, ihn die Besinnung zu rasen. Aber er ließ dies Gefühl nicht herr über sich werden. Die Handlungsweise der Gegnerin kam ihm verächtlich und niedrig vor. Einnmal wollte er sie noch sprechen, um ihr das Unwürdige ihres Verhaltens vor die Seele zu führen, um sich dann für immer von ihr zu trennen. So küßte er den Meister und besah sich, Maria zu rasen.

Nach einigen Augenblicken trat sie ein, äußerlich ruhig wie immer, doch der Ausdruck ihrer weitgespannten Augen und das verzögerte Gehen um ihren Mund besagten, daß sie innerlich furchtbar erregt war. Der lange

gestäubete Augenblick war da. Sie mußte dem Freunde als Gegnerin entgegenreten. Ruhte sich selbst in seinem Augen verächtlich machen. Sie mußte — über sie herrschte das gerechte Wollen der Allgemeinheit! Zwang ihr die Waffe gegen den Geliebten in die Hand! Ja, den Geliebten! Von der Gewalt dieses Augenblicks riß der Fior der Selbstanklage von oben bis unten, und sie erkannte, daß im Allerheiligsten ihres Herzens die Sonne glühender, unstillbarer Liebe flammte!

"Warum hast du mir das getan, Maria?" Sie blühte auf den Freund, dessen zitternde Hand ihr das verhängnisvolle Blatt entgegenhielt. Ihre raktenden Finger suchten nach festem Halt, denn alles Schwamm und schwebte vor ihren Augen. Mit zitternder Stimme entgegnete sie:

"Weil ich mußte, Fritz!"
 "Kein Mensch muß müssen."
 "Aber was recht und gut ist, soll ein guter Mensch!"
 "Recht und gut? Also du hältst es für recht und gut, deinen wohlmeinenden, treuen Freund zu schädigen und seine Leute gegen ihn zu verhetzen?"

"Ich habe niemand verhetzt, Fritz. Aber nachdem die Fristablaufzeit des Altes angebrochen, konnten die Arbeiterinnen keine mehr bestehen. Und dann — sie wollten keine Massen, sondern ihren verdienten Lohn von rechts wegen. Kannst du das denn gar nicht einsehen?"

"Recht wohl! Den von mir bestimmten Lohn erhalten sie von rechts wegen. Und abzufragen lasse ich mir nichts. Daß der Streit kam, wollte ich lange. Nur — sie mögen es verstehen; ich habe Zeit, lange, sehr lange zu warten! Aber daß es dich, die meine Leute gegen mich führt, das, das tut mir so weh, wie mir nie etwas getan hat!"

"Ich habe niemand gegen dich geführt, Fritz, sondern nur den Vorteil meiner Kolleginnen im Auge gehabt. Sollte ich nun demütigen zum Zerreißen an ihnen werden? Ihnen wider besseres Wissen die Lage nicht erleichtern

wollen, obwohl dein Vater und du von eurem Ueberflus leicht das Fehlende zugeben können? Würdest du diese Schwäche achten können, Fritz? Glaube mir, ich habe wochenlang im wilden Weh schlafloser Nächte mit mir selbst gekämpft, habe die furchtbarsten Anklagen wider mich selbst geschwiegen, aber umsonst, der Richter in meiner Seele sprach mich frei. O Fritz, du hast nie erfahren, was Not und Glend ist! Wenn du es nicht hättest wie ich, du würdest erkennen, um welchen Preis ich meine Freundschaft aufgab."

"Aber was gehen dich andere an, Maria. Du bist dir doch selbst die Nächste, und ich denke, auch ich müsse dir doch ein wenig mehr sein als fremde Leute."
 "Das bist du auch, Fritz. Jedes, es gibt Augenblicke, in denen die Liebe zum Einzelnen sich zeigt und die Pflicht gegen die Gesamtheit zu sprechen beginnt."
 Fritz wurde ungehalten.

"Ich sehe, du willst nicht erkennen, was du mir getan hast. Du bist unantbar und treulos gegen mich gewesen, und da du nun nicht einmal dein Unrecht einsehen willst, muß ich mir das Andenken an dich gewaltig aus der Seele reißen und die lieben Bilder aus der Kinderzeit in Trümmer schlagen. Nun kommst du geh'n."

Jedes dieser Worte traf Mariens Gemüt wie ein scharfer, gültiger Stachel. Sie konnte nichts entgegenzetzen, sie war auch zu früh, sich gegen solche Anschuldigungen zu verteidigen. Stumm schritt sie hinaus.

Aber als sie draußen stand in dem düstren, schmalen Flur, so ganz allein mit sich und ihrem Weh, da verlor sie ihre stolze, selbstbewusste Haltung. Sie konnte, als wenn sie nach einem Halt suchte, ihren Arm wider die kalte Wand und deckte mit ihm ihre glühend heißen Augen — und weinte.

Die Militärtauglichkeit der Textilarbeiter. Es ist eine bekannte Sache, daß die Arbeit in der Industrie und die ganze Wohn- und Lebensweise der handarbeitenden Bevölkerung ihre Militärtauglichkeit ganz außerordentlich ungünstig beeinflusst. Der Erkenntnis dieser Tatsache bei den Behörden und anderen Schichten haben wir nicht zuletzt unsere ganze gesellschaftliche Arbeiterfürsorge zu verdanken. Weniger breit fließt dagegen die Erkenntnisquelle darüber, wie bestimmte Industrien und innerhalb dieser wieder bestimmte Branchen auf die körperliche Beschaffenheit des Arbeiters einwirken. Zum Beispiel die Textilindustrie. Wir wissen zwar, daß in den textilindustriellen Städten das Rekrutierungsgeschäft durchweg dürftig ausfällt, im Vergleich zu anderen industriellen Orten sogar unter dem üblichen Durchschnitt bleibt, aber so detaillierte Zahlen, als Fr. W. Bernay in ihrem kürzlich erschienenen Buche über die „Ausbildung und Anpassung der Arbeiterklasse in der geschlossenen Großindustrie“ bietet, standen uns bisher nicht zur Verfügung. Die Zahlen geben das Verhältnis in einer großen Gladbacher Spinnerei und Weberei an. Sie sind deshalb mit Vorsicht anzuwenden, weil sie sich nur auf einen Betrieb erstrecken und deshalb leicht infolge besonderer Umstände erreicht worden sein können, umso mehr, als die Zahlen auch entsprechend klein sind. Aber typisch ist das Bild doch wohl, das sie zeichnen können. Darum sollen sie hier aufgeführt werden.

Es hatten von den militärpflichtigen, preußischen Arbeitern

des Betriebes	Befugnis		von Vätern befugnis	Wahrgenommen
	gebührend	nicht gebührend		
	%	%	%	%
Weber	18,5	81,5	44,4	37,0
Spinner	13,7	86,3	51,0	27,5
Färber, Färberei, Schlecht.	38,4	61,6	30,7	23,0
Webstuhl, Mischung, Karten	19,2	80,8	30,7	26,9
Fabrikarbeiter, Fäbrik, Doler	34,0	66,0	36,3	22,7
Handwerker	36,8	63,2	56,5	33,3
Meister	52,9	47,1	29,4	11,8
Alle Arbeiter	29,0	71,0	38,1	26,9
Weber und Spinner	16,0	84,0	37,5	32,1
Handwerker und Meister	44,7	55,3	46,7	25,5

Die Zahlen sind interessant; sie werfen ein Licht auf die Gesundheitsverhältnisse der Textilarbeiter, die Gesundheit hier in militärischem Sinne genommen, wie gewisse Kräftigkeit, Breite des Körpers, der Brust, Widerstandsfähigkeit usw. Von den Webern und Spinneuren waren kaum ein Sechstel, von allen Arbeitern nicht ganz ein Drittel, von den Handwerkern und Meistern dagegen fast die Hälfte, 44,7%, militärtauglich gewesen. Vergleicht man die Befugnisbefugnisse der Weber und Spinner mit der der Gesamtarbeiterschaft, so bleibt die Militärtauglichkeit dieser beiden Arbeitergruppen stark hinter dem Durchschnitt der Biffer für die Gesamtarbeiterschaft zurück.

Die Tauglichkeitsabnahme vom Vater auf den Sohn ist bei den Handwerkern und Meistern ganz gering, von 46,7% auf 44,7%, groß dagegen bei der Gesamtarbeiterschaft, wo sie allgemein von 38,1% sank auf 29,0%. Die Abnahme der Militärtauglichkeit von der letzten auf diese Generation kommt noch deutlicher dadurch zum Ausdruck, daß bei 36,9% der Arbeiter der Vater befugnisfähig, bei 26,9% der Arbeiter der Sohn dagegen nicht mehr militärtauglich war.

Hier den Ursachen nachzugehen, würde sich der Maße ganz genügt verlohnen. Wir werden demnachst in einem besonderen Artikel auf die Sache zurückkommen.

Der neue Erpressungsparagraf. Von der Strafgesetzbuchkommission, die demnächst verabschiedet werden wird, ist für die Gewerkschaften besonders der Paragraf von Interesse, der für den Tatbestand der Erpressung eine andere als die bisherige Begriffsbestimmung festzulegen versucht. Es ist der § 253, der im alten, noch jetzt gültigen Gesetz lautet: „Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensanteil zu verschaffen, einem anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung nicht unter einem Monat zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.“ Der Paragraf ist bei Gewerkschaften schon öfters verhängnisvoll geworden, indem die Androhung eines Streiks zum Zwecke der Lohnerhöhung als Erpressung im Sinne des Paragrafen 253 aufgefaßt und bestraft wurde. Uebrigens wurde vor mehreren Jahren ein Fall in Württemberg, wo die Mitglieder eines Arbeiterausschusses, die während der Verhandlung mit dem Arbeitgeber diesem „androhten“, es würde zum Streik gegriffen, wenn er die Lohnforderung nicht bewillige, wegen Erpressung bestraft wurden. In dem als grundlegend hingestellten Urteil des Reichsgerichtes hieß es, der Arbeiter, der Streiks über Sperrendrohungen oder die Aufhebung einer Sperre von der Zahlung einer bestimmten Lohnsumme abhängig mache, erhalte einen rechtswidrigen Vermögensanteil, denn er habe zur Zeit der Drohung noch kein Recht auf höheren Lohn. Der Streik selber ist also gesetzlich erlaubt, nicht aber die „Androhung“ dieser gesetzlich erlaubten Handlung. Das dadurch herbeigeführte Verhalten, die doch immer einem Streik voranzugehen müssen, geradezu unmöglich gemacht werden können, liegt auf der Hand. Theoretisch unterliegen auch Ausperrungandrohungen diesem Paragrafen, praktisch merkte man aber nichts davon. Das war die Gleichheit vor dem Gesetz.

In der neuen Fassung lautet der Paragraf also: „Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensanteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Jetzt muß also die Drohung mit einer Vermögensbeschädigung verbunden sein, wenn sie als Erpressung bestraft werden kann. Darin liegt die Änderung. Auf dem Gebiete des gewerblichen Lohnkampfes ergibt sich daraus, wie die Regierungserklärung sagt, daß „Arbeiter nicht mehr wegen Erpressung verfolgt werden, wenn sie mit der Ausübung des Kündigungsrechtes drohen, um eine Lohnerhöhung zu erlangen, die sie nach den Verhältnissen des Arbeitsmarktes für erreichbar halten.“

Und in der Reichstagskommission erklärte ein Regierungsvertreter noch näher, „daß die von Arbeitern durch Drohung mit Arbeitsentziehung erlangte Lohnerhöhung nur dann unter dem Gesichtspunkte der Erpressung strafbar werden kann, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht und die Täter sich dessen bewußt waren.“ Zum Beispiel, „wenn sie kurz vor dem Kündigungsstage die Arbeit verweigern und tendenziöse Summen fordern, die die Grenzen dessen, was als Lohn angesehen werden kann, unmäßig übersteigt.“

Kein Zweifel: dadurch, daß der Richter oder ein Vergütungsvertreter noch näher, „daß die von Arbeitern durch Drohung mit Arbeitsentziehung erlangte Lohnerhöhung nur dann unter dem Gesichtspunkte der Erpressung strafbar werden kann, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht und die Täter sich dessen bewußt waren.“ Zum Beispiel, „wenn sie kurz vor dem Kündigungsstage die Arbeit verweigern und tendenziöse Summen fordern, die die Grenzen dessen, was als Lohn angesehen werden kann, unmäßig übersteigt.“

Zweierlei Grundzüge. Zwischen dem Berliner Jaloufiefabrikanten Freese und den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist es zu einer heftigen Fehde gekommen, die schließlich dahin führte, daß Freese in seinen konstitutionell geleiteten Betrieb keine sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder mehr einstellt. Das hat der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse Anlaß zu einem Wutgeheul gegeben. Dem „Vorwärts“ (Nr. 18/1911) entlehnt sich dabei folgender Satz:

„Herr Freese teilt das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen, indem er Angehörige bestimmter Organisationen von der Einstellung in seine Fabrik ausschließt.“

Das verdient festgehalten zu werden, weil darin die Doppelmoral der Sozialdemokratie trefflich gebrandmarkt ist. Wenn nämlich sozialdemokratische Parteibetriebe, Gewerkschaften oder gar ganze Organisationen, die Mitglieder bestimmter (d. h. der nichtsozialdemokratischen) Organisationen von den Arbeitsstellen ausschließen, wie es in ungezählten Fällen vorkommt, dann ist das in den Augen der Sozialdemokratie durchaus berechtigt, dann ist's „gesunder Organisationszwang“, wie das „Korrespondenzblatt“ sagt, und wird mit Eifer verteidigt. Schließt aber ein bürgerlicher Unternehmer mal Sozialdemokraten aus, dann ist's ein Verbrechen, dann tritt er „das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen“. Notes Pharisäertum!

Siel Wasser in dem sozialistischen Wein gießt der „großherzoglich-habibische“ Sozialistenführer Kolb in der jüngsten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Er hält seinen Parteifreunden vor, daß die Sozialdemokratie für die Arbeiter auch nicht das geringste erreicht habe, wenn sie es bei den nächsten Wahlen auf 100 und mehr Mandate bringe.

„Daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit allein an die Macht gelangen kann, muß dem als Illusion erscheinen, der die soziale Struktur unserer Gesellschaft betrachtet, die denn doch noch ganz andere Umgestaltungen erfahren müßte, ehe man daran denken könnte. Daran würde selbst eine Mehrheit der Sozialdemokratie im Parlament, mag sie aus irgendwelchen Zufälligkeiten zustande kommen, nichts ändern können. ... Glaube irgend jemand im Ernst, aus Deutschland ließe sich durch Reichstagsbeschluss eine sozialistisch organisierte europäische Insel machen? Weder die Militär- noch die Flottenpolitik, weder die Kolonial- noch die Handels- und Zollpolitik könnte man aus dem Handgelenk heraus „revolutionär“ umgestalten. Auch wenn sie im Besitz der Mehrheit wäre, bliebe der Sozialdemokratie nichts anders übrig, als mit Reformen zu beginnen und sukzessive den „kapitalistischen Schwänzen“ abzutragen. Mit der „Expropriation der Expropriateure“ müßte man äußerst vorsichtig zu Werke gehen; noch auf lange Zeit hinaus würde auch unter sozialdemokratischem Regime die kapitalistische Ausbeutung weiterbestehen müssen.“ Die einzige Schlußfolgerung, die für die Partei hieraus gezogen werden könne, sei doch offenbar keine andere als die: „erst einmal den Gedanken eines plötzlichen Zusammenbruchs vollständig aufzugeben, der Weg der Reformen zu gehen und zuzugeben, daß die prinzipielle Verneinung der heutigen Ordnung zweck- und sinnlos ist, kurzum: als konsequent reformistische Partei zu handeln und auch zu erscheinen. Solange wir dazu den Mut nicht finden, bleiben wir in der politischen Sackgasse; eine Umkehrung ist, und wenn es noch so glanzvoll, nicht heraus etwas anderes.“

Beachtenswert ist auch, was Kolb über den „Militarismus“ und die „Kolonial- und Handelspolitik“ der Sozialdemokratie sagt: „Die sozialdemokratische Partei tritt für die Umwandlung der jetzigen Armee in eine Miliz ein. Aber das Wichtigste erfordert eine ganz andere Grundlage der körperlichen und geistigen Ausbildung, als wie wir sie heute haben. Um diese zu ändern, bedürfte es auf alle Fälle erheblicher Zeit.“ Und weiter: „Glaubt wirklich jemand, daß wir unsere Kolonien verlaufen würden, wenn wir zu Macht kämen? Wir würden es auch wohl unterlassen, die Kriegsschiffe zu verkaufen oder ähnliche Experimente zu machen.“ Auf dem Gebiete der Agrarpolitik sei die Partei nicht einmal zu einer auch nur einigermaßen bestimmten Auffassung gelangt.

Es ist dieses nicht das erste Mal, daß Kolb die politische Ohnmacht und totale Ansruchtbarkeit seiner Partei festnagelt. Er tat es öfters, und vor und nach ihm haben zahlreiche andere Sozialistenführer mit anderen Worten dasselbe gesagt. v. Bollmar nannte die Politik der Sozialdemokraten einmal recht zutreffend die „Politik der Kinder“. Wenn aber christliche Arbeiterführer sich auf den Boden der Tatsachen stellen, staatliche Einrichtungen als notwendig anerkennen und in Konsequenz dieser Anerkennung auch die Mittel zur Unterhaltung dieser Einrichtungen bewilligen, dann fällt die ganze rote Präzedenz über sie her.

Sorgen wir dafür, daß sich in steigendem Maße die Erkenntnis durchringt, daß die Sozialdemokratie durch ihr Festhalten an überlebten Theorien nach dem Geständnis ihrer eigenen Führer sich unfähig erweist zu praktischer, nutzbringender Arbeit und ein Hemmnis bildet für die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Interessen der gegenwärtigen Arbeitergeneration; daß die Sozialdemokratie innerlich morsch und faul ist und an ihre wichtigsten Lehren selbst die eigenen Führer nicht mehr glauben. Der Staatswagen kann und wird nicht stillstehen. Er wird stets geschoben, wenn nicht mit, dann ohne und evtl. auch gegen die Arbeiter. Je stärker die gegenwärtige Sozialdemokratie wird und je mehr Arbeiter sich mit ihr in den Schmoltsinkel stellen, umso unentbehrlicher werden zur Führung der Staatsgeschäfte die Scharmacher und sozialpolitischen Reaktionsäre.

Die Sozialdemokratie im Solde der Kapitalisten.

In der sozialdemokratischen Presse Frankreichs gibt es gegenwärtig einen argen Skandal, über den sich unsere deutschen sozialdemokratischen Blätter natürlich in tiefstem Schweigen hielten. Das Organ des Führers der französischen Sozialdemokratie Jaurès, „L'Humanité“, hatte während des letzten Eisenbahnstreiks in Frankreich eine sehr merkwürdige, eine die Nordbahn-Unternehmer sehr schonende Haltung eingenommen. Um hat vor einigen Wochen das Organ der unabhängigen Sozialisten, „La Guerre Sociale“, dem führenden Genossenblatte den Vorwurf gemacht, seine Haltung sei durch seine Abhängigkeit von der Hochfinanz diktiert gewesen. Während einiger Tage schweig die „Humanité“, um dann den Verfasser des Artikels in der „Guerre Sociale“ aufzufordern, die Rechnungsbücher der „Humanité“ zu durchschauen, damit er sich überzeugen, daß von allem, was er geschrieben habe, kein Wort wahr sei. Vermutlich rechnete das Blatt damit, daß es zu einer solchen Bücherprüfung nicht kommen werde, denn die tatsächlich vorgenommene Bücherinsicht ergab die Wahrheit aller Behauptungen, daß das führende sozialdemokratische Organ Frankreichs ganz von den jüdischen Großkapitalisten und von der von der Sozialdemokratie scheinbar bekämpften französischen Regierung abhängig sei.

Die „L'Humanité“ hat, wie die Bücherinsicht bewies, 8000 Aktien ausgegeben, bloß ein Viertel davon (2044) sind in Händen von verschiedenen organisierten sozialdemokratischen Vereinen. Die anderen drei Viertel befinden sich in den Händen von 12 Juden und denen des jetzigen französischen Ministerpräsidenten, Aristide Briand.

Nach einer anderen Kuriosität wurde entdeckt, wie vieler österreichischer Brudervorgänger zu berichten weiß. Unter dem Namen der Männer, in deren Händen die Aktien sich befinden, trifft man auch einen Herrn Rosnoblét an. Es war dem Untersucher der Bücher unmöglich, zu wissen, wer dieser Herr sei, und auch die Administration der „L'Humanité“ wollte darüber nicht die geringste Auskunft erteilen. „Wir möchten doch den Namen und die Absichten eines so großmütigen Aktienbesizers — er besitzt deren um eine Summe von 50000 Franken — kennen lernen. Ist dieser Name vielleicht ein angennommener Name?“ Darauf gibt die „Guerre-Sociale“ selbst die Antwort, daß Rosnoblét der Deckname für niemand anderen ist als für den König der Hochfinanz, Rothschild, selbst.

Eine nette „Arbeiterpartei“, die im Solde des Großkapitals, im Solde Rothschilds steht.

Vom Profit raucht der Scherzkeim! „L'Humanité“ gibt die „Vorwärts“-Buchhandlung einen „Arbeiter-Notizkalender“ heraus. Es ist nun interessant, auch in diesem Kalender wieder das große Mißverhältnis zwischen den sozialdemokratischen Worten und Taten ad oculos demonstrativ zu bekommen, indem der Inhalt des Kalenders dem jetzigen Arbeiterbewußtsein gegenüber hohen spricht. Das „Korrespondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften schreibt darüber (Nr. 3 vom 21. Januar 1911. Literarische Beilage):

„Eine andere Gruppe ist die der Jaurèsisten. Sie haben schon im vorigen Jahre auf die Sozialdemokraten die Augen gelenkt, die für den Arbeiterkampf im letzten Sinne stehen.“

einerlei Interesse haben. Verschiedene Parteiblätter, darunter mit besonderer Schärfe das „Hamburger Echo“, hatten, gleich uns, im vorigen Jahre gegen den Inzeratenteil des Kalenders Einwendungen erhoben. Der Verlag hat diese Einwendungen nicht berücksichtigt, vielleicht auch nicht berücksichtigen können. Wir möchten aber auch heute darauf hinweisen, daß unsere Gewerkschaftskalender größtenteils keine Inzerate oder aber ausschließlich besüßlich interessierende Anzeigen aufnehmen. Alkoholinzerate haben wir bisher in keinem Gewerkschaftskalender angetroffen. Dagegen haben mehrere gewerkschaftliche Kalenderredaktionen in unterschiedener Weise den Leipziger Parteitagsbeschluss ihren Lesern mitgeteilt und sie im übrigen durch Notizen und Abhandlungen über die Alkoholfrage aufzuklären versucht. Es macht dem gegenüber keinen erheben den Eindruck, wenn die Drauerer- und Kneipeninzerate in einem Parteikalender in solcher Zahl angetroffen werden. Sie gehören da nicht hinein.

Mit dem Leipziger Beschluss hat ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteiblätter die Partei geradezu ins Lächerliche gezogen. Der Parteitag fordert die Parteiangehörigen zur Enthaltensamkeit in Schnaps auf. Die Parteipresse bringt diesen Beschluss mit den heftigsten Ausfällen gegen die „Branntwein-Liebesgaben“ und den „Schnapsblod“ im Redaktionsteil, im Inzeratenteil aber preist sie in den schönsten Phrasen den Lesern billigen Fusel an. In den sozialdemokratischen Volkshäusern machen die Verwaltungen Krach, wenn sie daran erinnert werden, daß es doch den sozialdemokratischen Wirtschaftsbetrieben in erster Linie gezieme, den Leipziger Fuselbeschluss zu beachten und durchzuführen. Aber wenn selbst die Leute des Vorwärtsverlages sich den Teufel scheren um Parteitagsbeschlüsse, wenn es sich um ein Profiten handelt, wie kann man es dann den Provinzialblättern, den Gewerkschaftshäusern und den Parteibüchlein verübeln, wenn sie den Fusel literarweise an den Mann zu bringen versuchen. Nicht von Prinzipien und Parteitagsbeschlüssen, sondern vom Profit raucht der Schornstein!

Aus unserer Industrie.

Der Erfinder des mechanischen Tuchwebstuhles.

Am 8. Januar verschied auf seinem Rittergut Thossfeld bei Blauen i. S. im 94. Lebensjahre der Begründer der Sächsischen Webstuhlfabrik in Chemnitz und Erfinder des mechanischen Tuchwebstuhles, Louis Schönherr. In ihm ist wohl der letzte von den Älten dahingegangen, die den Weltruhm der Stadt Chemnitz mit gegründet haben. Sein Name ist bekannt wohl auf dem ganzen Erdball, denn Louis Schönherr'sche Webstühle gibt es außer in Deutschland überall, wo Webindustrie existiert, sowohl in Frankreich, Spanien, Italien, Rußland, Schweden, Norwegen, als auch in Nord- und Südamerika, in China, Japan und Indien.

Die Zeitschrift „Die Textilindustrie“ gibt folgendes Bild von dem Lebensgange dieses Mannes: „Geboren am 22. Februar 1817 in Blauen i. S. als Sohn eines Handelswebers, kam er als junger Mann, „den Kopf voll Plänen, das Herz voll Erwartung und den Beutel voll Kupfer“, nach Chemnitz, nachdem er vorher einige Zeit in Schlema i. S. bei Aue tätig gewesen war. Mit seinem älteren Bruder Wilhelm hatte er in Schlema nach einem ganz neuen Prinzip konstruierte Webstühle, durch welche die Arbeit des Webers erleichtert werden sollte, gebaut. Sehr bald aber wußten die Brüder den Versuch aufzugeben, ihren Wehstuhl in die Hausindustrie einzuführen, deshalb wurde der Stuhl für mechanischen Betrieb eingerichtet; doch gelang es dem jungen Unternehmen nicht, richtig Fuß zu fassen, sodaß Wilhelm und Louis Schönherr 1840 bei der Sächsischen Maschinenkompanie in Chemnitz eintraten, wo es namentlich dem praktischeren jüngeren Schönherr gelang, mit Inzunderlegung des früher benutzten eigenartigen Stuhlsystems einen mechanischen Wehstuhl für die Tuchindustrie heranzubilden, der noch heute, nach nahezu 70 Jahren, von seiner geradezu klassischen Stellung in der Textilindustrie nichts eingebüßt hat.

Behäuferte Verhältnisse zwangen den erst 23-jährigen, die fabrikmäßige Erzeugung dieser seiner Webstühle in den ersten vier Jahren (bis 1844) für Rechnung der damaligen — Sächsischen Maschinenbau-Kompagnie in Chemnitz, dann weiter drei Jahre in Gemeinschaft mit dem Eisenwerk Erla bei Schwarzenberg zu betreiben. Eben im Begriff, sich in Dresden auf eigene Füße zu stellen, zerfiel das Jahr 1848 alle Kombinationen und auf Veranlassung eines russischen Tuchfabrikanten ging Louis Schönherr 1849 zu Richard Hartmann nach Chemnitz, wo er bis 1851 dem Bau seiner Webstühle verstand. Ansätze des Jahres 1851 fand sich in dem Probieren der Hartmannschen Fabrik, Emil Seidler, der „Kapitalist“, der die Etablierung Louis Schönherr's unter der Firma L. Schönherr u. Seidler mit ermöglichte. Trotzdem Freunde und Gönner noch etwas Betriebskapital — zusammen schließlich 7000 Taler — zuzuschicken, wurde nur durch stillschweigende Intervention eines rheinischen Tuchfabrikanten das Fortbestehen der Firma ermöglicht. Am 4. September 1852 verließ der erste Wehstuhl die Fabrik — fünf Jahre später ging Seidler aus der Firma mit einem Gesamtanteil von 30000 Talern! Mehr als Fünfe hundert diese Hiffen! Freilich, ohne Sorgen und Mühen werden diese Aufwandsfolge nicht erzielt worden sein, aber der Grundstein zu dem späteren Wehstuhle war gelegt, und auch die unruhigen Zeiten ausgangs der 50er Jahre überdauerten nichts an dem rapiden Aufschwung des Unternehmens.

Dann kam 1860 eine sehr einschneidende Aenderung: Schönherr konnte bisher nur Einschüßen-Webstühle mit Erzenterschnittbewegung, dann aber zunächst Webstühle für gemauerte Waren mit dreifachem Schützenwechsel und bis 18-jähriger Schützenmaschine, welche

damals 36 Schuß in der Minute machte. Dann folgte die Erhöhung des Schützenwechsel auf 5, auf 7 und schließlich auf 9.

Das große Jahr 1870 sah das Geschäft schon als führende Firma auf dem Gebiete des Webstuhlbaues. 1872 wurde der 10000. Stuhl abgeliefert; über 600 Arbeiter fanden ständig Beschäftigung. In diesem Jahre ging Louis Schönherr's Lebenswerk für 3000000 Mark auf eine Aktiengesellschaft, die heutige „Sächsische Webstuhlfabrik in Chemnitz“, über.

Das Jahr 1882 brachte den 20000. Webstuhl aus der Fabrik, wobei die große Zahl der von anderen Etablissements teils gegen Lizenz, teils nach Erlöschem der Patente gebauten Exemplaren nach Schönherr'schen Prinzipien nicht gerechnet wird. In erster Linie ist es wohl das Prinzip der Spezialisierung, das die Erfindungen Louis Schönherr's zu so außerordentlichen Erfolgen führte. Seine ganze konstruktive Kraft wandte er dem mechanischen Stuhl zu, neue Ideen, neue Verbesserungen traten im Laufe der Jahre und Jahrzehnte hinzu und ebenso wie die so große Chemnitzer Möbelstoff-Industrie mittelbar ihre heutige Position Louis Schönherr zu verdanken hat, ist es in noch viel stärkerem Maße der Tuchwebstuhl gewesen, den der geniale Erfinder zur höchsten Ausbildung brachte und damit die Stellung der deutschen Weberei auf dem Weltmarkte begründete.

Louis Schönherr überließ seine sämtlichen Patente ausschließlich der „Sächsischen Webstuhlfabrik“, der er, obwohl schon seit Jahren nicht mehr direkt an der Geschäftsleitung beteiligt, doch stets und ständig seine reichen webrtechnischen und geschäftlichen Erfahrungen zur Verfügung stellte.

Schönherr hatte die Freude, noch lange der immer weiteren Entwicklung seines Lebenswerkes zusehen zu dürfen. Neben den Schönherr'schen Stühlen werden schon seit einer geraumen Zeit solche mit Kurbelladenbewegung mit wachsendem Erfolg gebaut; weiter ist dazu der Bau aller zur Weberei gehörigen Vorbereitungsmaschinen getreten, sodaß jetzt die „Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Louis Schönherr“ in dem an Maschinenfabriken reichen Chemnitz an der zweiten Stelle rangiert. Das 104600 Quadratmeter umfassende Grundstück hat neben zahlreichen Schuppen und Nebengebäuden 34 teils zwei-, teils mehrstöckige Hauptgebäude, in denen jetzt gegen 1500 Arbeiter beschäftigt werden.

Deutschlands Außenhandel an Textilprodukten im Jahre 1910.

Das Jahr 1910 hat im allgemeinen eine — wenn auch auf vielen Gebieten nur langsam — fortschreitende Besserung unseres gesamten Wirtschaftslebens mit sich gebracht, die sich auch in einer lebhafteren Betätigung des deutschen Außenhandels kundgibt. Die Ein- und Ausfuhrzahlen einiger wichtiger Waren stellten sich im Jahre 1910 im Vergleich mit dem Vorjahre wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1910	1909	1910	1909
Baumwolle . . .	4024282	4559226	464797	513559
Flachs	507343	496994	112393	120988
Hanf	357428	419609	76003	91520
Jute u. Jutezwerg	1282164	1720492	58741	38462
Merinowolle im Schweiß . . .	943349	906622	17047	14992
Kreuzschuchtwolle im Schweiß .	788428	791043	14145	16832

Hieraus zeigt die Einfuhr von Baumwolle eine nicht unerhebliche Abnahme und auch die Einfuhr von Jute hat infolge der höheren Jutepreise einen Rückgang von über 1/2 Million Doppelzentner.

Förderung der heimischen Textilindustrie.

Wie die „Berliner Börsenzeitung“ wissen will, soll im Reichstage bei der Etatsberatung auch die Bewilligung von Mitteln beantragt werden, die zur Unterstützung, Hebung und Förderung der gesamten heimischen Textilindustrie und des Handels verwendet werden sollen. Gestammt ist nach dem Berichte des Blattes u. a. eine Zentral-Vermögens-, Versuchs- und Prüfungsstelle, die Industrie und Handel der Textilbranche fördern und ihre Lage auf dem Weltmarkt heben soll. Der Antrag dürfte wohl bei der Beratung des Etats des Reichsannts des Innern gestellt werden.

Den Betrieb aufzugeben.

Die Baumweberei-Firma O. Bönninger-Duisburg hat ihren Betrieb vollständig eingestellt. Sie bietet in den Tageszeitungen 500 Webstühle und den betriebsvollen ganzen Webereibedarf zum Verlaufe aus. Den rund 300 Arbeitern des Betriebes ist bereits gekündigt worden. Der Grund dieser Geschäftsaufgabe soll in der Unrentabilität des Unternehmens zu suchen sein.

Dieser Fall ist wieder ein neuer Beweis für die Tatsache, daß Textilunternehmen in den Großstädten, die durch die schwere Industrie ihr wirtschaftliches Gepräge erhalten, nur schwer voran kommen können. Die Ursachen für diese Ergebnisse sind so mannigfaltig, daß sie hier nicht einmal angedeutet werden können. Doch spielt die Arbeiterfrage hierbei wohl eine Hauptrolle.

Die Firma Bönninger sitzt in guten Zeiten unter dem Arbeitermangel. Lieber einen alten, eingesehnen und eingesetzten Arbeiterstamm verfügte sie nicht. Infolge der niedrigen Löhne im Textilgewerbe arbeiten

die vorwärtsstrebenden Leute viel lieber in der Metallindustrie, in der die Löhne erheblich höher stehen. Darum ist auch die Firma Bönninger nicht zuletzt das Opfer der schlechten Lohnverhältnisse im Textilgewerbe geworden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur dringenden Beachtung!

Aus den verschiedensten Anfragen ersehen wir, daß in unseren Mitgliedskreisen über die Arbeitslosenunterstützung noch vielfach Unklarheit herrscht. Wir bitten deshalb folgendes zu beachten:

Bei Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis
wird die Unterstützung vom dritten Arbeitslosentage an berechnet. Die zweitägige Karenzzeit kommt für die Dauer der Arbeitslosigkeit nur einmal in Anrechnung. Bei

Warten auf Material, Betriebs Einschränkung usw.
wird die Unterstützung vom vierten Arbeitslosentage an gewährt und zwar bis zum Ablauf der vierten Woche vom ersten Arbeitslosentage an.

Mit dem ersten Arbeitslosentage nach

Ablauf der vierten Woche

beginnt eine neue vierwöchentliche Periode; es gelten dann auch wieder die ersten drei Tage als Karenztage.

Die drei Karenztage gelten also jedesmal nur für vier Wochen, auch in solchen Fällen, in denen die Wartezeit sich über vier Wochen

hinaus erstreckt.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß im Nachtrag zu unserem Statut ein Fehler mit unterlaufen ist. Es muß auf Seite 4 in der dritten Zeile statt vier-tägige Karenzzeit dreitägige Karenzzeit heißen.

Wann müssen die Zeitungen bestellt werden?

Die Ortsgruppenvorstände

sollen nochmals darauf hingewiesen, daß

1) die Bestellungen für die „Textilarbeiter-Zeitung“ und die Arbeiterinnenzeitung „Aufwärts“ spätestens **Montags abends**,

2) Bestellungen für die evangelische Arbeiterinnenzeitung „Die deutsche Arbeiterin“ spätestens **Dienstags abends** bei der Geschäftsstelle eingegangen sein müssen, wenn sie noch für die Nummer derselben Woche,

3) dagegen Bestellungen für die sächsische Arbeiterinnenzeitung „Die Arbeiterin“ spätestens **Donnerstags abends** hier eingelaufen sein müssen, wenn sie für die Nummer der folgenden Woche berücksichtigt werden sollen.

Die Reklamation wegen Bezuges der Arbeiterinnenzeitungen und unseres Organs sind in den weitens meisten Fällen auf zu späte Bestellungen von den Ortsgruppen zurückzuführen.

Die Geschäftsstelle.

Aus unseren Bezirken.

Der Bezirk Südbayern im Jahre 1910.

Land in Sicht! So ruft der Seemann voll Freude aus, wenn er nach einer langen, mit vielen Schwierigkeiten verbundenen Fahrt endlich das Ziel vor sich sieht. Bessere Aussichten! so konnten auch wir ausrufen bei Beginn des Jahres 1910. Vor allem war es der von den Arbeiterinnen längst ersehnte Jehusfundentag, durch den es in etwa möglich war, die Agitation neu zu beleben.

Den besten Erfolg hatten wir dabei in der Ortsgruppe Kaufbeuren zu verzeichnen. In einigen Fabrikversammlungen stieg die Zahl unserer Mitglieder von 60 auf 200. Eine Verbesserung der Lohn- und Arbeiterverhältnisse, die wir dort anstreben, mußte aus verschiedenen Gründen zurückgestellt werden. Wir hoffen, in diesem Jahre mehr zu erreichen. Ein recht unglückliches Jahr war 1910 für die Arbeitererschaft der Filzfabrik in Roth am Sand. Dort sollte, wie alle zwei Jahre vorher, der Lohn tarif erneuert werden, was in den Jahren vorher durchaus keine Schwierigkeiten bereitete. Diesmal aber wollte der für Bayern so überaus „berühmt“ gewordene sozialdemokratische Gewerkschaftler Brüggemann eigens seine Kunst beweisen, und das ist ihm auch gelungen. Aber der Firma zum Nutzen und der Arbeitererschaft zum Schaden. (Einen ausführlichen Bericht über diese Brüggemann'sche „Helidentat“ ist in Nr. 22 der „Textilarbeiterzeitung“ von 1910 enthalten.) Brüggemann ist aus Bayern verschwunden, es trägt kein Hahn mehr nach ihm.

Eine beachtenswerte Erscheinung ging im Lager der Augsburgener „Gelben“ vor sich. Wer glaubte, daß durch die Gründung der „gelben“ Vereine alle Mißstände im Arbeitsverhältnis verschwinden würden, der hat sich ganz gewaltig getäuscht. Menschen mit klarem Verstand hatten das auch vorausgesehen. Die arme irregaleitete Arbeitererschaft aber mußte das erst am eigenen Leibe, mit pekuniärem Schaden zu spüren bekommen.

Verarbeitung von schlechtem Material, ergo: auch fehlerhafte Ware, kurze Zeit darauf Reklamation, verbunden mit empfindlicher Strafe für die ohnehin gestraifte Arbeitererschaft. So ähnlich ging es auch in der Baumwollspinnerei- und Weberei Augsburg. Speziell Mitglieder des „gelben“ Werkvereins waren es, die davon betroffen wurden. Doch siehe da: es ging die zwei-jährige Sammelgeduld zu Ende und die „Gelben“ — freilich!

